

V-26 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Nach einem historischen Wahlerfolg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahl zum
- 5 Europäischen
- 6 Parlament werden die Weichen in der Europäischen Union neu gestellt. Das neue
- 7 Europäische
- 8 Parlament hat sich mit einer starken Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz neu
- 9 formiert. Im November 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf
- 10 und ihr
- 11 Arbeitsprogramm wird wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik.
- 12 Die
- 13 ersten großen Gesetzesvorhaben werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem
- 14 1. Juli 2020
- 15 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem
- 16 1. Juli
- 17 2020 bis Ende 2021 mit Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft.
- 18 Im
- 19 zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert
- 20 gemeinsame Ziele
- 21 und Prioritäten und erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während
- 22 der drei
- Präsidentschaften befassen wird.
- Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-
- Präsidentschaft wird.
- Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen
- fallen. Hier
- gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU
- auf
- verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser
- Klimaschutzziele zu leisten. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur
- national
- beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur
- noch
- übertroffen von Deutschlands Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr
- Klimaschutz.
- Es darf nicht sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der
- Bundesregierung

23 die Europäischen Union lähmt und dadurch die EU bei dieser rasanten Entwicklung den
24 Anschluss verliert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare
25 und
26 energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende.
27 Dafür
28 muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser
29 Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden (HIER DAS Ziel dann
30 einfügen, auf
31 das sich die BDK einigt). Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage ein
32 Klimaschutzgesetz angekündigt. Dieses Gesetz muss verbindlich einen
33 Treibhausgasminderungspfad festlegen und mit den notwendigen Maßnahmen in den
34 Sektoren
35 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich
36 erreicht. Auf Deutschland wird es dann ankommen, dass sich die Mitgliedstaaten im
37 Rat auf
38 eine ambitionierte Position einigen. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall
39 der Maßstab für sein!

35 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen
36 vollständigen
37 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden,
38 sieht es
39 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Dabei ist klar: auch andere europäische
40 Kohleregionen
41 zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen und ihre
42 Regierungen ambitionierte Klimaziele auch nicht ohne Unterstützung mittragen. Der
43 derzeit
44 angestrebte Just-Transition Fonds ist dafür eine Grundlage. Die grüne Transformation
45 der
46 europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im
47 nächsten EU
48 Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus
49 dem
50 Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir können für das Klima auch viel
51 tun mit
52 einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien setzt - dafür braucht die
53 EU
54 auch eine grüne Industriepolitik.

46 Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran
47 festhalten,
48 dass nur 25% der Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027 der EU
49 einen Beitrag
50 zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Bisher fordert das Europäische
51 Parlament
52 dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die
53 Biodiversität, ein
54 erster richtiger Schritt. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür
55 einsetzen,

51 dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der
52 Europäischen
53 Union endlich aufbricht.
54 EU Haushalt stärken
55 Für die Finanzierung von ernst gemeintem Klimaschutz, für den sozialen
56 Zusammenhalt in
57 Europa, aber auch für Innovation, Austausch der Bürgerinnen und Bürger braucht es
58 einen
59 gestärkten EU Haushalt. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen
60 Finanzrahmen auf
61 europäischer Ebene laufen. Sie werden vermutlich während der deutschen
62 Ratspräsidentschaft
63 abgeschlossen werden.
64 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro
65 für den
66 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar
67 das
68 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
69 europäischen Bruttoinlandsprodukt für den europäischen Haushalt fest, und möchte an
70 den
71 Ausgaben aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU
72 zur
73 Blockade wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-
74 Haushalt
75 gegenfinanzieren könnten. Das bedeutet de facto: keine Investitionsoffensive für das
76 Klima,
77 ein Nein zu von der Leyens Programm. Wir wollen x, y für den EU Haushalt (ZIEL hier
78 einfügen, auf das sich die BDK im Bauantrag einigt).
79 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
80 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.
81 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘
82 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus
83 Europa die
84 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB)
85 an.
86 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der
87 EIB für
88 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit
89 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit
90 den
91 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr
92 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB
93 mehr
94 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können
95 und eine
96 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen.

Einen
80 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.
81 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen
82 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen
Schwerpunkt auf
83 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren
auf der
84 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
Menschenrechte.
85 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Doch
europäische
86 Demokratie ist kein Selbstläufer. In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus
stärken wir
87 gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern
Bündnis
88 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit
89 systematisch und dauerhaft untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen
Regierungen
90 die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Das muss im
nächsten
91 Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher Ratspräsidentschaft verankert werden.
92 Die bestehenden Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und
Demokratie
93 sollten auch während der Ratspräsidentschaft weiterentwickelt werden: Wir brauchen
dringend
94 einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus. Darunter verstehen wir einen
umfassenden, alle
95 Mitgliedsstaaten einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und
96 Rechtsstaatlichkeit durch eine unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen
97 Parlamenten und dem Europäischen Parlament ernannten Verfassungsexperten
zusammensetzt.
98 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
99 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-
Kommission"
100 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
101 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
102 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU
stärken.
103 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche
104 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
105 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.
106 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
107 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch
gegen
108 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft
zeigen:
109 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den

andauernden
110 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.
111 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU
112 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
113 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände
verhindern
114 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
115 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass
die
116 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche
Antidiskriminierungsgesetzgebung mit
117 verhindert haben.
118 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
119 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
120 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
121 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
122 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade
zu
123 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht
und eine
124 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
125 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
126 Umweltverbrechen sind.
127 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich
für
128 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik,
die nur
129 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
130 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass
131 Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber
auch
132 Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine
konkrete
133 Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für
134 Menschenrechte und Demokratie des Europäischen Rates voranzutreiben.
135 Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar
werden und ein
136 Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden.
137 An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von
Geflüchteten und
138 die Genfer Flüchtlingskonventionen.
139 Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf
die
140 Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die

Menschenrechte,
141 das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.

Begründung

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht an!

Als Europapartei definieren wir unsere Erwartungen an die Bundesregierung rechtzeitig.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Henrike Hahn (KV München); Henning Schürig (KV Stuttgart); Julian Dietzschold (Heidelberg KV); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Michael Gross (KV Biberach); Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Melis Sekmen (KV Mannheim); Anja Reinalter (KV Biberach); Ulle Schauws (KV Krefeld); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); Mareile Große Beilage (KV Mannheim); Leoni Neubauer (KV Mannheim); Alexandra Alth (KV Reutlingen); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); sowie 5 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.